

Mitteilungen

des

Oberösterreichischen Landesarchivs

19. Band



Linz 2000

INHALT

Vorträge der Enquete "Nationale Frage und Vertreibung der Deutschen in der Tschechoslowakei. Fakten, Forschungen, Perspektiven aus dem Abstand von 50 Jahren" 7-175

Vorwort 5

Eröffnungsrede des Landeshauptmannes Dr. Josef Pühringer 7

Historische Perspektiven zur Vertreibung der Deutschen
aus der Tschechoslowakei
Von Richard G. P l a s c h k a u. Arnold S u p p a n ... 13

Tschechen und Deutsche im neuen Staat: Ein Anfang mit
mehreren Enden
Von Friedrich P r i n z 37

Die Vertreibung der Deutschen aus der Sicht der
innerstaatlichen Rechtsordnung
Von Helmut S l a p n i c k a 55

Die Vertreibung der Deutschen aus der Sicht des Völkerrechts
und der Menschenrechte
Von Dieter B l u m e n w i t z 77

Zum Wissensstand über die Vertreibung der Sudetendeutschen
Von Emilia H r a b o v e c 99

Von der "nationalen" zur "sozialen" Revolution:
Die Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der
Tschechoslowakei und der Februar-Sieg der Kommunisten
Von Jaroslav K u č e r a 123

Die Situation der sudetendeutschen Flüchtlinge in Oberösterreich seit 1945 Von Brunhilde Scheuringer	141
<i>Allgemeine Aufsätze</i>	177-400
Maß und Gewicht in Johannes Keplers 'Messekunst Archimedis' (1616). Metrische Kommentare zur Maßgeschichte von Linz und Oberösterreich Von Harald Witthöft	177
Aspekte sowjetischer Kriegsgefangenschaft 1941-1956. Dokumen- tiert am Beispiel oberösterreichischer Gefangener Von Felix Schneider	231
Die Villen "Neu-Jerusalems". Die Arisierung von Immobilieneigen- tum am Beispiel des Kurortes Bad Ischl Von Jutta Hangler	259
Das "Gauarchiv Oberdonau". Aufbau und Zerstörung des Parteiar- chivs der NSDAP Oberdonau Von Gerhart Markh Gott	297
"Euthanasieanstalt" Hartheim und Reichsgau Oberdonau. Involvie- rung von Verwaltungs- und Parteidienststellen des Reichsgaues Oberdonau in das Euthanasieprogramm Von Josef Goldberger	359
Zum Gedenken an Hans Sturmberger	401
Verzeichnis der Rezensionen	407
Rezensionen	409
Verzeichnis der Mitarbeiter	454

TSCHECHEN UND DEUTSCHE IM NEUEN STAAT: EIN ANFANG MIT MEHREREN ENDEN

Von Friedrich Prinz

Auch wenn ich Gefahr laufe, der bei Historikern nicht seltenen Versuchung zu erliegen, ein Thema bis zu Adam und Eva aufzudröseln und zurückzuverfolgen, möchte ich doch in knappen Umrissen die Vorgeschichte meiner Geschichte skizzieren, und das heißt in diesem Falle, der Konfliktgemeinschaft zwischen Tschechen und Deutschen – so der treffende Ausdruck, der von Jan Křen geprägt wurde – einige Zeilen für die Zeit vor 1918 zu widmen. Das heißt, es soll einleitend kurz einer Frage nachgegangen werden, die Tomáš Garrigue Masaryk bis zu seiner Emigration während des Ersten Weltkrieges sehr bewegt hat. Es ist die Frage, warum es nicht gelungen ist, den Völkerverband der Donaumonarchie rechtzeitig föderativ zu organisieren, d.h. zu modernisieren, und damit die Tschechen wie andere nichtdeutsche Völker innerhalb dieser "kleinen Internationale", wie man Österreich-Ungarn genannt hat, zu halten. Müßig ist die Frage schon deshalb nicht, weil wir bei der heute auf der Tagesordnung der Geschichte stehenden Einigung Europas uns mühsam und mit vielen Fehlleistungen ganz neue politisch-gesellschaftliche Mechanismen schaffen müssen, die teilweise im alten Österreich schon längst normale Verwaltungspraxis waren und auch, wie der Mährische Ausgleich etwa von 1905 zeigt, leidlich funktionierten. Dabei geht es weniger darum, ob die schwierigen Ausgleichsverhandlungen zwischen Tschechen und Deutschen, die seit 1867, das heißt nach dem Österreich-Ungarischen Ausgleich, alle zehn Jahre zwischen beiden Reichshälften liefen, mehr zum schließlichen Scheitern des Staatsschiffs beitrugen oder die extreme Belastung des Ersten Weltkriegs. Vielmehr wird man als Desintegrationsfaktor auch in Rechnung stellen müssen, daß die führende politisch-soziale Position und die starke wirtschaftliche Macht des Deutschtums in der westlichen Reichshälfte auch negative Rückwirkungen auf die Staatsgesinnung

der anderen Völker haben mußte und ja auch gehabt hat, nämlich insofern und ohne Schuld im moralischen Sinne, wie ich hinzufüge, als der soziale Aufstieg der nichtdeutschen Völker der Monarchie, insbesondere der Tschechen, zwangsläufig das Doppelgesicht von nationaler und sozialer Emanzipation gegenüber dem herrschenden und weitgehend deutschen oder deutschsprachigen Establishment bekommen hatte. Mit anderen Worten, obwohl das Deutschtum aus historischen Gründen der stärkste Integrationsfaktor der Monarchie, zumindest in der westlichen Reichshälfte, in Zisleithanien, gewesen ist, entwickelte es sich, wiederum zwangsläufig, auch zu einer desintegrierenden Kraft. Eine verblüffende, aber sehr reale Dialektik des historischen Prozesses. Das bedeutet aber wiederum, daß das Deutschtum durch seine Verteidigung des "nationalen Besitzstandes", so die damals gängige Formel, sich auch lange gegen den unaufhaltsamen Prozeß der fundamentalen Demokratisierung stemmte und die lange Zeit deutsch beherrschte Sozialdemokratie, etwa in der zentralen Wahlrechtsfrage, vom deutsch-liberalen Bürgertum mit seinem Klassenwahlrecht im Stich gelassen wurde, die Tschechen jedoch als Nation hier wesentlich geschlossener agierten. Die prinzipiell international orientierten sozialistischen Parteien, die sich vornehmlich aus Deutschen und Tschechen in der Monarchie rekrutierten, konnten diese Fehlentwicklung nicht verhindern, denn einerseits waren sie durch das politische Establishment bewußt von der Regierungsverantwortung ausgeschlossen und andererseits hatten sie selbst untereinander, innerhalb der Gesamtpartei nämlich, schwere nationale Konfliktprobleme auszutragen. Damit fiel aber ein gewichtiger gesamtstaatlicher Stabilisierungsfaktor zumindest teilweise aus.

Da die proösterreichischen Kräfte in den seit 1905/1906 erstarkten christlichen Parteien beider Nationen gleichfalls innerlich vom antihabsburgischen Nationalismus mitbestimmt wurden, die tschechischen wohl mehr als die deutschen, verblieben als staatspositive Bindekräfte neben der Symbolfigur des Kaisers und böhmischen Königs noch der Hochadel, die katholische Kirche als Hierarchie und die Armee als das militärische Integral des Gesamtstaates sowie das allerdings starke, konstruierte Gerüst des k. u. k. Staatsapparates, die insgesamt durchaus effiziente Bürokratie.

Es kann wohl kein Zweifel daran bestehen, daß das Schicksal des Habsburgerreiches von den zwei politisch und sozial fortgeschrittensten Nationen der westlichen Reichshälfte, nämlich von Deutschen und Tschechen, entschieden worden ist. Daß die Tschechen aus ihrem nationalen, emanzipatorischen Gesamtanspruch heraus die klarere und suggestivere Konzeption hatten, erklärt sich aus der politischen Dynamik ihrer nationalen Idee, wie sie seit 1848 František Palacký entwickelt und Tomáš Garrigue Masaryk um die Jahrhundertwende als humanistisches, progressives Programm zeitgemäß modernisiert hatte. Beide wurden dabei von einer gesellschaftlichen Kraftentfaltung ihrer Nation getragen, der gegenüber das Deutschtum in den böhmischen Ländern schon sehr bald zu einer sozialen und ideologischen Defensive verurteilt war.

Der Rollenwechsel zwischen Tschechen und Deutschen im Spätherbst 1918 war zwar keine Zwangsläufigkeit, die gibt es in der Geschichte kaum, aber er kam nicht von ungefähr. Es ist immer wieder auf die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Faktoren hingewiesen worden, die der Auseinanderentwicklung von Tschechen und Deutschen in den böhmischen Ländern und ihrer nationalen Neugruppierung den Charakter des Unausweichlichen, den Stempel des Zwangsläufigen aufdrückten. Dennoch muß man sich fragen, warum die Tschechen innerhalb der Donaumonarchie keine tschechische Kulturkonzeption gesamtösterreichischer Prägung entwickelt haben, gewissermaßen als eine kulturelle Fortsetzung des 1867 nach dem Österreichisch-Ungarischen Ausgleich schwer getroffenen Austroslawismus. Wahrscheinlich war es gerade der Schock, den dieses Arrangement zwischen Wien und Budapest bei den Tschechen ausgelöst hatte, der den Trend nationalkultureller Identität enorm verstärkte.

Es mochte auch die wachsende Sorge vor der Übermacht des sie umgebenden deutschen Potentials mit daran schuld sein, daß man nunmehr – als "westslawischer Vorposten" – zu einer Art "Wagenburgmentalität" neigte, vor allem gegenüber einer permanenten Adaption deutscher Kulturideen. Daher auch die bewußte Zuwendung zu Westeuropa, besonders zu Frankreich und seiner Kultur, womit man sich um 1900 entschieden der europäischen Moderne öffnete. Vermutlich trug aber auch der gesellschaftlich bedingte Fin-de-

siècle-Charakter der österreichischen Spätkultur, mochte sie in ihrem Schoße auch extrem modernistische Kräfte hegen, dazu bei, daß eine vorandrängende und politisch optimistische Nation sich nicht mehr im gesamtstaatlichen, supranationalen Kulturüberbau Österreichs ansiedeln wollte und konnte, sondern von Anfang an gleichsam ein Stockwerk unterhalb sich ansiedelte, nämlich im Bereich einer vitalen nationaltschechischen Kultur, deren ideologische Geschlossenheit umso mehr ins Auge fällt, wenn man sie mit den disparaten und oft widersprüchlichen Kulturideen und gesellschaftlichen Trends bei den Deutschböhmen und später bei den Sudetendeutschen vergleicht.

Wie eng Nationalismus und Demokratismus in der tschechischen Staatsideologie von Anfang an miteinander verbunden waren – der Vergleich mit Frankreich liegt hier nahe –, zeigt schon allein die Tatsache, daß die tschechische Arbeiterbewegung fest in die tschechische Nation eingegliedert werden konnte, während der deutsche Arbeiter Böhmens und Mährens fast bis zum Schluß von seinen bürgerlichen Konnationalen getrennt, ja sogar weitgehend ausgeschlossen blieb. Selbst die neue Parteienkonstellation nach der Wahlrechtskampagne von 1905/6 konnte hier nichts grundsätzlich verändern.

Schon deshalb war der Zusammenhang von Nation und Bildung bei den Tschechen wesentlich vitaler und gleichsam natürlicher als bei den Deutschen Böhmens, ungeachtet der befruchtenden Konkurrenz zwischen beiden Völkern beim Aufbau eines eigenen Bildungswesens. Der Unterschied war im Grunde gravierend, insbesondere wenn man bedenkt, daß das dichte Geflecht der tschechischen populären Kulturorganisationen gleichsam vom Kitt der nationalen Ideologie zusammengehalten und verstärkt wurde und daß diese gesellschaftlichen Zusammenschlüsse auf allen sozialen Ebenen vor allem ein Werk der von Anfang an nationalen Intelligenz waren. Mehr noch, diese Kulturorganisationen, ein Pendant zum dichten Netz des hochentwickelten tschechischen Genossenschaftswesens, waren das erste, vom gesamtösterreichischen Staatsverwaltungsüberbau freie und national eigenständige Gesellschaftsgebilde in der modernen tschechischen Geschichte, ein Integral für politisch-ideologische Aktivitäten, zu denen es auf deutscher Seite keine Parallele gab und auch nicht geben konnte.

Anders formuliert: Die Tschechen waren 1914 bereits eine hochaktivierte Nation und in vielen Beziehungen schon ein Staat, ehe es ihnen eine günstige außenpolitische Konstellation erlaubte, den Überbau des österreichischen Gesamtstaates wie eine Schlangenhaut abzustreifen. Was die sudetendeutsche Entwicklung anbelangt, so wird es immer mißlich bleiben, darüber zu spekulieren, welchen Verlauf ihre Geschichte ohne die bekannten Bruchlinien von 1938, 1939 und 1945 genommen hätte. Immerhin gab es bei den Sudetendeutschen vergleichbare Ansätze zur vorangegangenen tschechischen Nationsbildung, ja man kann insgesamt von einem Rollentausch zwischen Tschechen und Deutschen im Jahre 1918 sprechen, der nicht nur politischer, sondern auch kultureller Art gewesen ist. Mochte auch in der tschechischen Literatur und Kunst die starke nationalpädagogische Tradition des 19. Jahrhunderts noch kräftig in der Ersten Republik weiterwirken, so traten doch jetzt mit der entschiedenen Öffnung zur westeuropäischen Moderne seit der Jahrhundertwende soziale und humanitäre Fragen im kulturellen Selbstverständnis in den Vordergrund. Vor und nach dem Ersten Weltkrieg entwickelte die tschechische Kultur auf der internationalen Bühne Prags ein wahres Feuerwerk von Genialität, Modernität und Ideenreichtum. Umgekehrt verstärkten sich im geistigen Leben der Sudetendeutschen nach 1918 gegenüber der neuen Staatsmacht, die trotz der humanistischen Programmatik von Tomáš Garrigue Masaryk eine letztlich doch eher nationale Politik praktizierte, fast naturgesetzlich nun der eigene nationale Selbstbehauptungswille und eine Nationalpädagogik, deren Erfolge beim tschechischen Nachbarn fasziniert hatten. Es bildete sich jetzt ziemlich schlagartig ein sudetendeutsches Zusammengehörigkeitsgefühl, das es vor 1918 wegen der stammlichen Gliederung nicht gegeben hatte und auch gar nicht geben konnte.

Es gibt eine interessante zeitgenössische Parallele, nämlich das Saarland. Am Ende des Ersten Weltkrieges geschaffen als ein Diktat Frankreichs, zusammengefügt aus Teilen der ehemaligen preußischen Rheinprovinz und des linksrheinischen Bayern, hat das Saarland innerhalb von 20 Jahren eine starke Identität bis heute entwickelt. Ich war elf Jahre an der Universität des Saarlandes tätig, und die Saarländer sagen heute noch, wenn sie außerhalb ihres Landes, etwa nach Frankfurt, fahren, "Wir fahren ins Reich". Das heißt, es

existiert ein deutliches Distanzbewußtsein, und das möchte ich durchaus in Parallele zur sudetendeutschen Entwicklung sehen. Es zeigt, daß kulturelle Identitäten nicht Jahrhunderte alt sein müssen, sondern sehr rasch entstehen können.

In diesen Kontext der nationalen Identität gehören beispielsweise der erdverbundene Heimatroman und die Grenzlandromane auf sudetendeutscher Seite. Die nationale Abwehrreaktion entsprach dabei ziemlich genau der tschechischen nationalpädagogischen Heimatliteratur des 19. Jahrhunderts, die man mit dem Begriff "Ruralismus" umschrieben hat und die eher zeithistorisches Interesse verdient als ästhetische Wertschätzung. Das gilt in noch höherem Maße für den Heimatroman auf deutscher Seite. Mittelbar hatte aber dieser Rollentausch im deutschen Bereich die Folge, daß die modernistischen sudetendeutschen Kräfte, sieht man von der Sondersituation Prags ab, außerhalb Böhmens und zunehmend statt in Wien in der Weimarer Republik ihren Weg suchten. Vor dem Ersten Weltkrieg waren Deutsche wie Josef Maria Olbrich und Josef Hofmann aus den böhmischen Ländern maßgeblich am Glanz des Wiener Jugendstils beteiligt, der Mährer Adolf Loos steht an der Spitze der modernen Architektur Wiens, Rainer Maria Rilke war trotz seiner deutsch-Prager Herkunft in der Kultur ganz Europas beheimatet, der geniale Zeichner Alfred Kubin wurde in der Kunststadt München berühmt, ebenso der Maler Adolf Hölzl. Die Künstler Josef und Emanuel Hegenbarth kamen in Dresden zu Ruhm, der bedeutende Zeichner Emil Orlik in Berlin, und der zu Unrecht vergessene expressionistische Dramatiker Anton Franz Dietzschmidt, wie Kubin aus Nordböhmen stammend, kam mit seinen Theaterstücken im Berlin der zwanziger Jahre zu Berühmtheit, bis ihn nationalsozialistischer Kulturterror zum Schweigen verurteilte.

Mit anderen Worten, anders als die Tschechen mit der repräsentativen Bühne der Landeshauptstadt Prag besaßen die Deutschen der böhmischen Länder, nunmehr die Sudetendeutschen, kein eigenes, großes, kulturelles Zentrum. Dagegen entstand die Blüte der deutsch-Prager jüdischen Literatur auf dem Boden der alten Landesmetropole und erlangte bekanntlich mit Franz Kafka, Max Brod und Franz Werfel Weltgeltung, wobei auch das Milieu Prags in ihren Werken immer wieder durchschlug. Diejenigen Deutschen, die im

Lande blieben, neigten oft zu Staatsverdrossenheit und bewußter Abkapselung, bis zu einem gewissen Grade kann man auch von einer inneren Emigration im neuen Staate sprechen, vor allem dann, wenn man sich nicht der radikalen nationalen Résistance der Rechtsparteien anschließen wollte. Es gehört zur Tragik der sudetendeutschen Geschichte und war zugleich der Anfang von ihrem Ende, daß ihr politisch-gesellschaftlicher Zusammenschluß, der unter dem Druck des tschechoslowakischen Nationalstaates fast zwangsläufig erfolgte, in den dreißiger Jahren in den verhängnisvollen Sog des Dritten Reiches geriet und mit diesem dann auch die endgültige Katastrophe teilen mußte.

Damit bin ich bei meinem Hauptthema, dem Verhalten von Tschechen und Deutschen im neuen Staat der Tschechoslowakischen Republik. Es scheint mir notwendig, zuerst darauf hinzuweisen, daß die zunehmende Entfremdung zwischen Tschechen und Deutschen in den böhmischen Ländern, die seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzte, mit dem plakativen Begriff Nationalismus nur sehr pauschal umschrieben werden kann. Er war keine Erfindung mehr oder weniger boshafter Intellektueller auf beiden Seiten, sondern in erster Linie ein zwangsläufiger Teilvorgang der gesamteuropäischen Entwicklung, die inzwischen globalen Charakter angenommen hat und in der Dritten Welt heute als Entstehung moderner Nationen zu definieren ist. Dieser Vorgang zerstörte ältere ständisch-dynastische Organisationsformen oder integrierte sie, politisch umgedeutet, in die eigene nationale Ideologie.

Es führt in den Kern meines Themas, daß die vollendete, moderne tschechische Nation aus den angeführten Gründen 1918 ein ungewöhnlich starkes und tief in der Geschichte verankertes nationales Staatsbewußtsein hatte, das von Anfang an die Politik und Ideologie der neuen Tschechoslowakischen Republik bis weit in die politische Linke hinein bestimmte, auch das wieder in Parallele zur französischen Entwicklung. Letzteres war insofern kein Wunder, da der Aufstieg der tschechischen Nation zugleich ein machtvoller nationaler wie sozialer Vorgang gewesen ist, wobei man gegenüber den Deutschen der böhmischen Länder kräftig aufgeholt und sie auf manchen Gebieten, wie dem Vereins- und Genossenschaftswesen sowie kulturell, beträchtlich überholt hatte. Aber gerade dieses äu-

berst starke nationalstaatliche Bewußtsein der Tschechen führte 1918/19, massenpsychologisch verständlich, aber politisch folgeschwer, zum staatsideologischen Konstrukt des Tschechoslowakismus, ein Konstrukt, das sich bereits im Falle der Slowaken, wie die spätere Entwicklung zeigte, als problematisch erweisen sollte. Noch problematischer zeigte es sich im Hinblick auf die Deutschen der böhmischen Länder, die bekanntlich zahlenmäßig die slowakische Staatsnation um eine Million überstiegen, aber keine adäquate, korporativ gesicherte Stellung, das heißt konkret Regionalautonomie, innerhalb der Republik erhielten, eventuell nach Schweizer Vorbild, wovon 1918/19 immer wieder die Rede war. Dies leitete meines Erachtens eine fundamentale Fehlentwicklung ein, die in ihren Einzelheiten nicht näher analysiert werden kann, aber auf deutsch-böhmischer und deutsch-mährischer wie sudetenschlesischer Seite rasch zu einem korporativen Zusammenschluß unter dem ideologischen Konzept des Sudetendeutschums führte. Es war eine Antwort auf die Konzeption eines tschechoslowakischen Staatsvolkes und das fast zwangsläufige Ergebnis einer völlig neuen politischen Konstellation, die diese neue Identität der Deutschböhlen und Deutschmährer fast schlagartig bewirkten.

Etwas anderes kam hinzu: Bis 1918 fühlten sich die Deutschen der böhmischen Länder im Gesamtgefüge der Monarchie in ihrer nationalen Existenz einigermaßen gesichert, wenn ihnen auch die böhmische Landesverwaltung schon weitgehend entglitten war; die war bereits zu 90 % in tschechischer Hand. Aber die Sudetendeutschen oder Deutschböhlen hatten einen festen personellen Rückhalt in den Wiener Zentralbehörden und Ministerien, wo sie überproportional vertreten waren. Ich darf in diesem Zusammenhang auf die eben erschienene, prosopographische, das heißt personengeschichtliche, Dissertation meines Schülers Manfred Fleischer mit dem Titel "Die politische Rolle der Deutschen aus den böhmischen Ländern in Wien 1804-1918" (1999) verweisen. Mit Hilfe ihrer Wiener Repräsentanten konnten bis 1918 die Deutschböhlen bislang immer wieder ihnen gefährlich erscheinende, nationalpolitische Initiativen der tschechischen Seite entweder abblocken oder zumindest durch Kompromisse entschärfen. Diese starke Rücken- deckung war jetzt mit der tschechoslowakischen Staatsgründung so-

zusagen über Nacht weggefallen. Nunmehr war man eine ethnische Minderheit, die einer neuen Staatsideologie relativ hilflos gegenüberstand, ein massenpsychologisches Trauma, das unterschwellig ihr weiteres politisches Handeln bestimmen sollte. Der tschechische halboffizielle Terminus "Unsere Deutschen", der ihre staatsrechtlich-korporativ untergeordnete Stellung sehr deutlich zum Ausdruck brachte, war vielsagend und förderte auf deutscher Seite das Bewußtsein, Bürger zweiter Klasse zu sein, eine psychologische Befindlichkeit, die noch durch Tomáš Garrigue Masaryks unglückliches Diktum gefördert wurde, die Deutschen seien schließlich nur als Kolonisten ins Land gekommen, also keine autochthonen Bewohner der Republik. Obwohl der Gründerpräsident diesen Satz ausdrücklich zurücknahm, blieb der psychologische Schaden beträchtlich.

Es gab unter den Auspizien des Neuanfangs von 1918/19 sicher eine Reihe neuralgischer Punkte, die jedoch, jeder einzelne für sich genommen, diesen Neuanfang, der ja zugleich ein Demokratisierungsprozeß gewesen ist, nicht grundsätzlich gefährden mußten – ich betone das ausdrücklich –, aber in ihrer Kumulation doch eine Belastung für die Loyalität der deutschen Staatsbürger wurden. So gab es bei der militärischen Besetzung der deutschen Gebiete an verschiedenen Orten deutsche Todesopfer, deren Kult das sudetendeutsche ideologische Sonderbewußtsein nicht unwesentlich verstärkte, und zwar im staatsnegativen Sinne. Ein weiterer neuralgischer Punkt, der wiederum das tschechische Mißtrauen gegenüber den Deutschen wachhielt, war deren Versuch, 1918 unter Hinweis auf das auch von den Tschechen für sich reklamierte, von Thomas Woodrow Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker dieses auch für sich in Anspruch zu nehmen und unter Leitung von Rudolf Lodgman von Auen und dem Sozialdemokraten Josef Seliger die deutschen Gebiete Böhmens und Mährens an Deutschösterreich und mit diesem an die neue Weimarer Republik anzuschließen. Es war dies ein Verlangen, das die Siegermächte bekanntlich ausdrücklich untersagten; sie hatten damals kein Interesse daran, den mitteleuropäischen deutschen Block noch durch die Eingliederung Österreichs zu verstärken.

Man kann an der Donaumonarchie vieles bemängeln, aber daß sie als ein Vielvölkerstaat, der von Bosnien bis an die Schweizer Grenze reichte, in ihrem Bereich trotz widerstreitender nationaler

bzw. nationalistischer Kräfte eine Kraft permanenter, parlamentarisch gesicherter Friedenswahrung gewesen ist, wird man ihr gerade im Blick auf aktuelle Ereignisse nicht absprechen können. Dies vor allem durch eine sich immer konkreter differenzierende Nationalitäten- und Minderheitenschutzpolitik, die bis heute in vielen Punkten ihresgleichen sucht und sich in einer ausgefeilten nationalitätenrechtlichen Theorie und Praxis niederschlug.

Für die nationalitätenrechtliche Praxis standen vor 1918 in Wien zwei nationalparitätisch besetzte Gerichtshöfe zur Verfügung, deren Urteile ein hohes Maß an Objektivität beweisen. Es gehört zu den Defiziten der Ersten Tschechoslowakischen Republik, daß es kein vergleichbares Verfassungsorgan gab, das in der Lage gewesen wäre, nationale Konflikte möglichst schon im Vorfeld zu schlichten und damit zu entschärfen. Sicher war es auch nicht förderlich, daß in den Medien der Ersten Republik immer wieder von den "eingedeutschten Gebieten" die Rede war, eine Bezeichnung, hinter der eine Art tschechischer ethnischer Reconquista-Ideologie stand. So hoffte man in Prager Regierungskreisen sehr darauf und äußerte dies auch noch offiziell 1937 kurz vor Ausbruch der Sudetenkrise, daß in den vierziger Jahren als Folge einer, wie es hieß, natürlichen demographischen Entwicklung der Anteil der Deutschen an der Bevölkerung der Tschechoslowakischen Republik unter 20 % gesunken und damit der Minderheitenschutz des Völkerbundes für dieselben weggefallen sein werde. Das hätte dann die nationale Assimilation der Sudetendeutschen nach Meinung der tschechischen Seite wesentlich erleichtert. Schon aus diesem Grunde stand man den sudetendeutschen Autonomieforderungen im Parlament negativ gegenüber, da die Gewährung einer echten deutschen Selbstverwaltung den offenbar hinderlichen ethnischen Status quo stabilisiert hätte.

Ein weiterer Grund für die unflexible Haltung der Prager Regierung in der Autonomiefrage lag zweifellos darin, daß die Gewährung einer sudetendeutschen Autonomie unverzüglich ebensolche slowakische Forderungen nach sich gezogen hätte, da das Autonomieversprechen des Pittsburger Abkommens für die Slowaken nach deren überwiegender Meinung nur sehr unvollkommen 1918/19 erfüllt worden war. Die Regierung befand sich somit in dieser zentralen Verfassungsfrage in einer selbstgeschaffenen Zwickmühle, die

auch von gutwilligen Politikern wie Antonín Švehla und Milan Hodža nicht beseitigt werden konnte.

Es liegt auf der Hand, daß die angeführten Probleme und neuralgischen Punkte von Anfang an das Staatsleben der Tschechoslowakischen Republik schwer belasteten. Umso erstaunlicher ist es daher, daß sich die konkrete politisch-gesellschaftliche Entwicklung trotz der schwierigen Ausgangslage bald zum Besseren wendete und von der grundsätzlichen Konfrontation zu einer, wenn auch bedingten, Kooperation führte. Die Gründe dafür sind sehr unterschiedlicher Art und können nicht bis ins Einzelne analysiert werden. Dennoch ergeben sie insgesamt ein anderes und positiveres Bild der Ersten Republik. Gemäß einer nun schon langen liberalen Tradition wurde das Schulwesen weiter ausgebaut, und wenn dies auch verständlicherweise vor allem den tschechischen Schulsektor betraf, der auf manchen Gebieten noch aufzuholen hatte, profitierte doch auch die deutsche Schule insofern, als in der Slowakei nach dem Ende der magyarischen Administration und ihrer Entnationalisierungspolitik überhaupt erst in den deutschsprachigen Regionen deutsche Schulen eingerichtet werden konnten. Damit wurde gleichsam ein gewisser Stillstand in Böhmen und Mähren kompensiert. Die Hochschätzung von Ausbildung und Bildung, die Tschechen und Sudetendeutschen gleichermaßen eignete und eignet, manifestierte sich auch in einer wesentlich besseren Besoldung der gesamten Lehrerschaft.

Aber auch im politischen Bereich trat seit Beginn der zwanziger Jahre ein Wandel zum Besseren, das heißt zu Kooperation zwischen der tschechischen und der sudetendeutschen politischen Klasse, ein. Nachdem 1918 der Versuch eines Anschlusses der deutschen Gebiete an Österreich bzw. Deutschland, also die deutschböhmisches Landesregierung, gescheitert war, hatte sich die politisch-soziale Situation der benachbarten Weimarer Republik bedrohlich gewandelt. Mehrere kommunistische Anläufe zum generellen Umsturz, Geldentwertung und schließlich Inflation schufen dort eine mehr als instabile, gefährliche Lage, während in der Tschechoslowakischen Republik unter dem erfolgreichen Finanzminister Dr. Alois Rašín und mit internationaler Hilfe die stabile Tschechenkrone eingeführt wurde. Dies hatte wiederum zur Folge, daß das deutsche Bürgertum der Republik seine ökonomischen Interessen mit Blick auf die ver-

zweifelt um ihre Existenz ringende Weimarer Republik im neuen tschechoslowakischen Staat besser bewahrt sah als jenseits der Staatsgrenze. Das war meines Erachtens ein wichtiger Grund, weshalb es in mehreren Schüben zum bereits erwähnten Experiment des sudetendeutschen Aktivismus kam, der dann in eine Regierungseteiligung sudetendeutscher Minister und Parteien mündete. Zwar erhielten die Deutschen keines der klassischen zentralen Ressorts, etwa Außen- und Innenpolitik, Wirtschaft oder Finanzen, doch bewegte man sich jetzt sichtlich aufeinander zu. Christlichsoziale, Agrarier und Sozialdemokraten waren auf deutscher Seite die treibenden Kräfte. Auf tschechischer Seite war es vor allem Ministerpräsident Antonín Švehla, den man mit Recht einen Meister des Kompromisses genannt hat. Somit schien eine echte Kooperation auf dem besten Wege zu sein, doch gab es auch andere Kräfte im politischen Establishment, die diesem positiven Trend entgegenwirkten, sodaß trotz der Tatsache, daß hinter dem großen Experiment des sudetendeutschen Aktivismus bis 1935 70 bis 80 % der deutschen Wähler standen, dieses Experiment nicht voll zur Wirkung kommen konnte. Dabei spielten parlamentarische Konstellationen wie auch administrative Maßnahmen mit nationalpolitischer Langzeitwirkung gleichermaßen eine Rolle.

Was das Parlament betraf, so sorgte Jahre hindurch die sogenannte "Pětká", ein Ausschuß der fünf großen tschechischen Parteien, der zusammen mit dem Staatspräsidenten alle Gesetzesvorlagen beriet und dann auch im Parlament durchzog, dafür, daß alle Versuche der deutschen Parteien scheiterten, politische Erfolge in der Nationalitätenfrage zu erzielen. Das führte dann immer wieder zu deutscher Obstruktionspolitik, wie sie zuvor die tschechischen Parlamentarier im Wiener Parlament praktiziert hatten. Unter diesen Umständen war es ziemlich aussichtslos, das Verlangen nach Autonomie der deutschen Gebiete oder gar nach einem Schweizer Modell durchzusetzen. Dieser bedauerliche Stand der Dinge sollte dann seit 1935 der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins unter gewandelten sozio-ökonomischen Bedingungen zu ihrem spektakulären Erfolg verhelfen. Zum Schaden des Gesamtstaates zeigte sich nämlich mehr und mehr, daß die politischen Parteien nicht wie in einem ethnisch homogenen Gemeinwesen gemäß ihren sozialen Interessen agierten,

sondern daß eine nationale Lagermentalität, mehr als dem Staate zuträglich, die jeweiligen parlamentarischen Entscheidungen beeinflusste. Es war daher kaum verwunderlich, daß die deutschen demokratischen Parteien, die sich im Zeichen eines staatspolitischen Aktivismus seit 1922 zum Eintritt in die Regierung entschlossen, diesen Schritt vor allem als einen Wechsel auf die Zukunft betrachteten. Das hieß konkret Gewährung von Regionalautonomie für die deutschen Gebiete, dies kombiniert mit dem Modell einer Personalautonomie im Sinne Karl Renners, wie sie schon teilweise im Mährischen Ausgleich von 1905 realisiert worden war. Diese Bestrebungen blieben aber in der Katastrophe der Weltwirtschaftskrise auf der Strecke.

Was nun die administrativen Maßnahmen des neuen Staates anbelangt, die als Störpotential einer grundsätzlichen Verständigung zwischen Tschechen und Deutschen wirkten, so gehörten dazu Maßnahmen zur Bodenreform, die von deutscher Seite als Mittel einer planmäßigen Tschechisierungspolitik in den deutschen Gebieten empfunden wurde. Ob dies wirklich so war, steht auf einem anderen Blatt. Wichtig ist hier vor allem die psychologische Massenwirkung dieser Bodenreform, die der deutschen nationalen Agitation starken Auftrieb gab. Ähnliches gilt für das Sprachengesetz von 1926, das in seinen konkreten Bestimmungen weit hinter der Sprachgesetzgebung der Monarchie zurückblieb und für Staatsbeamte etwa die Erlernung der tschechischen Sprache innerhalb von sechs Monaten verlangte. Damit mußten zwischen 1921 und 1930 33.000 Deutsche aus dem Staatsdienst ausscheiden, gleichzeitig wurden vor allem für die deutschen Gebiete 41.000 tschechische Beamte neu eingestellt. Dadurch sank der Anteil der sudetendeutschen Staatsbeamten auf 15 % im Gerichtswesen und in der Verwaltung, bei Bahn und Post auf 12,5 %. Nur im Schulwesen entsprach er mit 23 % dem deutschen Bevölkerungsanteil der Republik. Auch in diesem Falle, wo der nationale Hintergrund sozialer Probleme offen zu Tage trat, vergiftete die Diskussion in den Medien über diese Frage zusätzlich die politische Atmosphäre.

Insgesamt jedoch waren dies alles Probleme, die bei einer längeren normalen Entwicklung der Tschechoslowakischen Republik durchaus lösbar gewesen wären. Und daher war es falsch und ge-

fährlich, daß die deutsche nationale Propaganda der Rechtsparteien, die seit 1933 und vor allem seit 1937 Rückendeckung aus Berlin erhielt, behauptete, der Aktivismus sei von vornherein ein aussichtsloses Unternehmen gewesen. Mit Recht hat Jörg Hoensch daher formuliert: "An ihrem, nämlich der Aktivisten, guten Willen hat es nicht gelegen, daß auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise und unter dem Einfluß nationalsozialistischer Parolen die sozioökonomisch besonders hart getroffenen Sudetendeutschen ihre Sympathien der nationalistischen Sammlungsbewegung der sudetendeutschen Heimatfront, der SDP Konrad Henleins, zuwandten".

Damit ist jener für Tschechen und Sudetendeutsche gleichermaßen verhängnisvolle Zerstörungsprozeß der Republik angesprochen, der zum Diktat von München führte und von dem abschließend die Rede sein soll. Wie im benachbarten Deutschland hatte die Weltwirtschaftskrise auch für die Tschechoslowakische Republik verheerende Folgen. Das beträchtliche Ausfuhrvolumen fiel von 21,2 Millionen Kronen im Jahre 1928 vor Beginn der Weltwirtschaftskrise auf 5,8 Millionen 1933 auf ihrem Höhepunkt. Ohne Verschulden der Regierung, wie man sagen muß, traf die Krise mit Massenentlassungen und Betriebszusammenbrüchen besonders die Leichtindustrie, also vor allem die Textil-, Glas- und Porzellanindustrie, die zu 90 % in den deutschen Gebieten lag, desgleichen den Braunkohlenbergbau, die Zement- und Papierproduktion sowie die Betriebe der chemischen Industrie, die zu 60 % im deutschsprachigen Gebiet lagen. Von 27 Bezirken der Tschechoslowakischen Republik, in denen es mehr als 10 % Arbeitslose gab, waren 23 deutsche Bezirke. Dies hatte zur Folge, daß die Sudetendeutschen im Heer der 846.000 Arbeitslosen mit 525.000 den Hauptanteil stellten. Die teilweise erfolgreichen Stützungsmaßnahmen der Prager Regierung gingen vor allem an die Schwer- und Rüstungsindustrie Innerböhmens, Finanzhilfen an Betriebe in deutschen Bezirken wurden nur unter der Bedingung gegeben, daß man dort tschechische Arbeiter einstellte. Ganz gleich, ob dies letztlich mit Konsequenz durchgeführt wurde oder nicht, der Eindruck, daß hier eine Krisensituation nationalpolitisch manipuliert wurde, mußte auf deutscher Seite katastrophale Wirkungen haben und entzog den aktivistischen sudetendeutschen Parteien den Rückhalt bei der Wählerschaft. 1935, auf dem Höhepunkt der Krise, ka-

men in den deutschen Gebieten auf 100 Einwohner neun bis zwölf Arbeitslose, und die Partei Konrad Henleins wurde auf Kosten der demokratischen aktivistischen Parteien auf deutscher Seite im ersten Anlauf mit 44 Abgeordneten überhaupt die stärkste Partei der Tschechoslowakischen Republik.

Bei diesem Stand der Dinge ist zu fragen, ob die Prager Regierung angemessen auf diese gefährliche Situation, das Abdriften der Mehrheit der Deutschen vom Grundkonsens, reagierte. Das verschärfte Staatsverteidigungsgesetz vom 31. Mai 1936, das gleichermaßen von der Sudetendeutschen Partei, der Slowakischen Volkspartei Andrej Hlinkas wie von den Kommunisten bekämpft wurde – eine merkwürdige Konstellation –, brachte einschneidende Beschränkungen der politischen Grundrechte, z.B. bei der Pressezensur. Eine Staatspolizei mit weitgehenden Befugnissen etwa im Verhaftungsrecht wurde organisiert, deren Kompetenzen entschieden über rechtsstaatliche Schranken hinausgingen und die der Republik im Londoner Foreign Office und in den britischen Medien damals die deutsche Bezeichnung "Polizeistaat" eintrug. Es muß aber betont werden, daß solche Auswüchse, die als Reaktion auf eine elementare Bedrohung des Staates zu sehen sind, keinesfalls mit dem Terror-system Hitler-Deutschlands verglichen werden dürfen.

Ähnlich wie im Falle der Weimarer Republik kann man sich theoretisch die Frage stellen, ob ein geduldiges, konsequentes Durchhalten – Aussitzen würde man heute sagen – bis zum Abflauen der Weltwirtschaftskrise einen demokratisch-legitimen Ausgleich zwischen Tschechen und Deutschen zum Wohl beider Völker möglich gemacht hätte. Aber dies ist, wie wir wissen, heute eine zwecklose Frage, denn inzwischen hatte, wie Ronald Smelser nachweisen konnte, seit 1937 Hitler die Sudetendeutsche Partei für seine Zwecke völlig instrumentalisiert. Damit war eine Rückkehr zu einem normalen, demokratischen Parteienspektrum der Sudetendeutschen offenbar nicht mehr möglich, und die Katastrophe, die 1938 zum Münchner Diktat führte, nahm ihren Lauf. München wurde für das tschechische Volk bis zum heutigen Tage ein Trauma, dessen Folgen die Sudetendeutschen 1945 bitter zu spüren bekamen. Es gehört zur Tragik der tschechischen wie der deutschböhmisches und sudetendeutschen Geschichte, daß ausgerechnet in dem Land, das zuerst in der Welt

wichtige und auch heute noch zukunftssträchtige verfassungsrechtliche Modelle des Zusammenlebens verschiedener Völker entwickelt und mit Erfolg erprobt hat, durch die Katastrophenfigur Hitler eine Situation geschaffen wurde, die zum Schaden aller einen friedlichen, geduldig herbeigeführten Ausgleich zunichte machte.

Die mehreren Enden der Ersten Republik, von denen im Untertitel die Rede ist, also 1938, 1939 und 1945, und ihre konkrete Darstellung gehören mit all ihrer Dramatik nicht mehr zum Kern meines Themas, andernfalls müßten diese drei Schicksalsdaten beider Völker in einem gesonderten Beitrag behandelt werden. Dennoch seien diesem Aspekt einige abschließende Überlegungen gewidmet.

Das Münchner Abkommen von 1938 gilt mit Recht bei den Tschechen als die entscheidende Wende zur generellen Katastrophe, während es für die Mehrzahl der Sudetendeutschen ein ahnungsloser Glücksrausch mit verheerenden Folgen im Jahr 1945 wurde. Dazwischen lag 1939 der handstreichartige Überfall Hitlers auf das, was im NS-Jargon verächtlich die "Resttschechoslowakei" und nach der erzwungenen Scheinselbständigkeit der Slowakei "Resttschechei" genannt wurde. Allen drei Schicksalsdaten gemeinsam ist aber erstens die Tatsache, daß Tschechen wie Sudetendeutsche nur noch bedingt oder gar nicht Herren ihrer politischen Entschlüsse waren. Zum zweiten ignorieren alle drei Geschichtsdaten, wenn auch in sehr verschiedener Weise, die historische Einheit der böhmischen Länder. Die Sudetendeutschen ignorierten mit ihrem Anschlußwillen diese Einsicht im Jahre 1938, das NS-Regime tat dies durch seinen Überfall von 1939, wobei die ahistorische Abspaltung von 1938 insofern verschärft wurde, als sowohl die Trennung von 1938 fixiert wurde, als auch der politische Wille des tschechischen Kernlandes Böhmen durch die Protektoratsituation vorübergehend gebrochen wurde. Aber auch die Lösung von 1945, der "Odsun Němců", zerstörte bei scheinbarer Beibehaltung der historischen Grenzen der böhmischen Länder die Einheit derselben, die eben nur als historische Einheit beider Völker im Lande gedacht werden kann. Denn die Berufung auf eine historische Landeseinheit, die ein eminent konservatives historisches Prinzip ist, hat nur dann Sinn und Berechtigung, wenn ihre ethnische Struktur erhalten bleibt, eine Struktur, die das Ergebnis einer langen Geschichte war und, gottlob, nicht nur aus Kon-

frontationen bestand. Das nationalrevolutionäre Prinzip des ethnisch homogenen Nationalstaates, gewaltsam auf ethnisch sehr unterschiedliche, tief gestaffelte Großregionen aufgepfropft, hat im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts der Kultur und Gesellschaft Europas unermesslichen Schaden zugefügt und tut dies bis zum heutigen Tage. Es ist hohe Zeit, sich von dieser zerstörerischen und selbstzerstörerischen Ideologie des ethnisch homogenisierten Nationalstaates entschlossen in allen Lagern zu trennen. Europa ist auf dem besten Wege, dies zu tun. Für Tschechen und Deutsche, die bald vollgültig unter dem gemeinsamen Dach eines vereinten Europas leben werden, ist dies ein hoffnungsvoller Neubeginn, bei dem es keine Sieger und Besiegte, sondern nur gleichberechtigte Partner geben kann und geben wird.

Lassen Sie mich mit zwei Zitaten schließen. Hans Schütz, einer der erfolgreichsten bundesdeutschen Vertriebenen-Politiker, Gründer der katholischen Ackermann-Gemeinde, hat als Leitspruch seiner politischen Arbeit folgende Worte geprägt und immer wieder bei Veranstaltungen und auch im Parlament zitiert und auf das Verhältnis zwischen Tschechen und Sudetendeutschen angewandt: "Wir sind uns einig, daß wir uns immer einigen werden". Ich glaube, das ist eine gute Zukunftsperspektive. Das zweite Diktum ist wesentlich älter, es stammt nämlich vom Kirchenvater Augustinus, der die geistvolle Wendung geprägt hat: "Gott kann auch auf krummen Zeilen gerade schreiben". Helfen wir ihm, daß die krummen Zeilen gerader werden.

Literatur:

- M. K. Bachstein, Wenzel Jaksch und die sudetendeutsche Sozialdemokratie, 1974
- D. Brandes – V. Kural (Hg.), Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938-1947, 1994
- Odsun. Die Vertreibung der Sudetendeutschen, Begleitband zur Ausstellung, Veröffentlichung des Sudetendeutschen Archivs, 2. Aufl. 1995

- J. W. Brügel, Tschechen und Deutsche Bd. 1: 1918-1938, 1967; Bd. 2: 1939-1946, 1974
- J. K. Hoensch, Geschichte Böhmens. Von der slavischen Landnahme bis ins 20. Jahrhundert, 1987
- Ders., Geschichte der Tschechoslowakei, ³1992
- J. K. Hoensch – D. Kováč (Hg.), Das Scheitern der Verständigung. Tschechen, Deutsche und Slowaken in der Ersten Republik (1918-1938), 1994
- W. Jaksch, Europas Weg nach Potsdam, 1958 u.ö.
- R. Luža, The Transfer of the Sudeten Germans. A Study of Czech-German Relations 1933-1962, 1964
- V. Mastný, The Beneš-Stalin-Molotov Conversations in December 1943, in: Jahrbuch für Geschichte Osteuropas 20 (1972) S. 367-404
- H. Mommsen – J. Kořalka (Hg.), Ungleiche Nachbarn. Demokratische und nationale Emanzipation bei Deutschen, Tschechen und Slowaken (1815-1914), 1993
- F. Prinz, Die böhmischen Länder von 1848 bis 1914, in: Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder, hg. v. K. Bosl, Bd. 3, 1968, S. 1-235
- Ders., Das kulturelle Leben (1867-1939) vom österreichisch-ungarischen Ausgleich bis zum Ende der Ersten Tschechoslowakischen Republik, ebenda Bd. 4, 1970, S. 151-299
- Ders., Böhmen und Mähren (Deutsche Geschichte im Osten Europas Bd. 2), ²1995
- F. Seibt, Deutschland und die Tschechen, 1993
- Ders., Das alte böse Lied. Rückblick auf die deutsche Geschichte 1900 bis 1945, 2000